

Dezentrale Verbraucherberatung in Hessen

Verbraucherzentrale erprobt Beratung in ländlichen Räumen

Knapp 6,2 Millionen Menschen leben in Hessen, etwa die Hälfte davon auf dem Land. Die Angebote für professionelle Rechts- und Verbraucherberatung befinden sich in den großen Ballungszentren. Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, Verbraucherberatung dezentral auch im ländlichen Raum verfügbar zu machen. Das Land Hessen fördert daher bis zum Jahresende ein Projekt der Verbraucherzentrale Hessen, mit dem der Zugang zu niedrigschwelliger Beratung insbesondere in ländlichen Räumen erprobt werden soll.

„Unsere Erfahrung aus der Zeit der Covid-19-Pandemie zeigt, dass niedrigschwellige telefonische Beratungsangebote gerade für Ratsuchende außerhalb der Ballungsgebiete wichtige Hilfestellungen bieten, die gerne angenommen werden“, erläutert Philipp Wendt, Vorstand der Verbraucherzentrale Hessen. Das Angebot zusätzlicher Hotlines führte damals trotz geschlossener Beratungsstellen zu einem deutlichen Anstieg der Beratungszahlen. Dabei stiegen die Kontaktzahlen aus ländlichen Regionen mit 46,3 gegenüber 19,1 Prozent bezogen auf ganz Hessen deutlich überproportional an.

Beratungsangebote für Menschen auf dem Land

Bis zum Ende des Jahres 2026 geht die Verbraucherzentrale Hessen mit fünf zusätzlichen Hotlines und ergänzenden Vortragsangeboten auf die Menschen zu, die in den ländlichen Regionen Hessens beheimatet sind. „Dafür haben wir aktuelle Beratungsthemen identifiziert, zu denen wir an mehreren Tagen in der Woche Hotlines schalten werden. Zusätzlich werden wir zu diesen Themen begleitende Vorträge in den ländlichen Regionen anbieten“, so Wendt weiter.

Immobilienfinanzierung und Anschlussfinanzierung

Hohe Immobilienpreise sind auch auf dem Land an der Tagesordnung. Kredi-

te, die in der zurückliegenden Niedrigzinsphase abgeschlossen wurden und bei denen die Zinsbindung ausläuft, erfordern demnächst Anschlussfinanzierungen. Dann treffen hohe Restschulden auf inzwischen gestiegene Zinsen. Das setzt besonders junge Familien, die bewusst aufs Land gezogen sind, unter Druck. Denn Familiengründung, Kinderbetreuung, Schule und Arbeitsplatz schränken die Möglichkeiten, das Wohnumfeld zu ändern, ein.

Betrug und Täuschung über Telefon und Internet

Ob betrügerische Finanzfallen oder Fake-Shops – es gibt viele Möglichkeiten, wie Verbraucherinnen und Verbraucher am Telefon oder im Internet getäuscht werden. Betrüger verursachen zum Teil hohe finanzielle Schäden bei ihren Opfern. Nach einem Einkauf im Fake-Shop ist das Geld zumeist verloren. Die bestellte Ware kommt entweder gar nicht an oder ist so mangelhaft, dass sie im Müll landet. Eine Rücksendung scheitert meist, weil die Rücksendeadresse nicht in der Europäischen Union liegt.

Probleme beim Glasfaserausbau

Schnelles Internet ist vor allem im ländlichen Raum viel wert. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung des Lebensalltags haben viele Verbraucherinnen und Verbraucher großes Interesse an einem Glasfaserausschluss. Doch nicht selten stockt der Ausbau, nachdem die Verträge unterschrieben wurden. Und dann taucht in der Region plötzlich ein anderer Anbieter auf, der den Glasfaserausbau auch vorantreiben will und für sich wirbt. Die damit im Zusammenhang stehenden Fragen überfordern viele Haushalte:

- Welche Rechte haben sie gegenüber den Anbietern?
- Wie können sie sich aus nachteiligen Verträgen wieder lösen?
- Wie lassen sich die Angebote der verschiedenen Anbieter vergleichen?

Energiepreise

Seit Beginn der Energiepreiskrise vor vier Jahren suchen Verbraucherinnen und Verbraucher nach Möglichkeiten, ihre Energiekosten zu senken. Kriege und Krisen nicht nur in Nahost dürften den Trend noch verstärken. Der Umgang mit Preiserhöhungen und die Möglichkeit, den Energieanbieter zu wechseln, haben daher in der Verbraucherberatung weiter einen hohen Stellenwert.

Gesundheitsreform

Die aktuelle Gesundheitsreform lässt viele Menschen darüber nachdenken, ob sich ein Wechsel in die private Krankenversicherung lohnt oder eine private Zusatzversicherung in Frage kommt. Die Frage, ob ein Wechsel langfristig sinnvoll ist, muss gut überlegt sein. Das gilt auch für die Frage, welche Zusatzversicherung mit welchen Leistungen abgeschlossen werden sollte.

Hotlines ab 1. Juli 2026 geschaltet

Die fünf neuen Hotlines sind vom 1. Juli 2026 bis zum Jahresende zu folgenden Zeiten erreichbar:

Immobilienfinanzierung:

069/97 19 40-188

Montag: 10.00 bis 12.00 Uhr

Freitag: 10.00 bis 12.00 Uhr

Betrug am Telefon und im Internet:

069/97 19 40-187

Mittwoch: 14.00 bis 16.00 Uhr

Glasfaserausbau:

069/97 19 40-186

Montag: 10.00 bis 12.00 Uhr

Donnerstag: 12.00 bis 14.00 Uhr

Energiepreise:

069/97 19 40-185

Montag: 10.00 bis 12.00 Uhr

Freitag: 10.00 bis 12.00 Uhr

Gesundheitsreform:

069/97 19 40-184

Montag: 12.00 bis 14.00

Mittwoch: 14.00 bis 16.00 Uhr ■

Hessen braucht die Mietpreisbremse

Hessens oberster Mieterschützer, der 1. Vorsitzende des Mieterbunds Hessen, Gert Reeh, fordert die Landesregierung eindringlich auf, sich nun vorrangig um eine neue Verordnung zur Mietpreisbremse zu kümmern. Vor einigen Tagen hatte das Amtsgericht Frankfurt (AZ 33029 C 130/05) die im vergangenen November um ein Jahr verlängerte Mieterschutzverordnung („Mietpreisbremse“) für unwirksam erklärt.

„Die hessischen Mieterinnen und Mieter der betroffenen Kommunen hängen in der Luft, denn nun ist zu befürchten, dass sich andere Gerichte diesem Urteil anschließen werden. Derzeit steigen die Mieten weiter und es gibt besonders in den Ballungsgebieten und Universitätsstädten kaum mehr bezahlbare Wohnungen. Damit wird nicht nur das Armutsrisiko für Mietende größer, sondern auch die Belastung der kommunalen Haushalte würde durch die zunehmende Anzahl Leistungsberechtigter weiter ansteigen. Das kann für Hessen und seine Bürgerinnen und Bürger nicht gewollt sein.“

Wenn Hessen nun nicht schnell für Ersatz sorgt, muss befürchtet werden, dass Klagen zu Lasten der Mietenden verloren gehen. „Dann werden die Steigerungen nochmals anziehen“, so Reeh weiter und erinnert die Landesregie-

rung an ihren eigenen Koalitionsvertrag, in dem festgelegt wurde, dass „bezahlbares Wohnen keine soziale Frage sein“ dürfe. „Auch deshalb muss schnellstmöglich für eine gültige Verordnung gesorgt werden.“

Ohnehin fehlen in Hessen derzeit hunderttausende von Wohnungen, davon allein mindestens 80.000 Sozialwohnungen. „Es muss an allen Stellschrauben gedreht werden, die helfen, den überhitzten Wohnungsmarkt zu entspannen. Eine rechtswirksame Mietpreisbegrenzungsverordnung ist daher dringend geboten“, so Reeh.

Insgesamt braucht es aber noch weitere Bemühungen als bisher, vor allem die Bereitstellung von genügend Geld. Nur so werden auch langfristig wieder andere Gelder eingespart werden können, die derzeit durch die Kommunen vermehrt ausgegeben werden müssen, um die unzähligen Menschen zu unterstützen, die sich Wohnen nicht mehr leisten können und bezuschusst werden müssen. „Aber auch sonst muss endlich an allen notwendigen Stellschrauben gedreht werden, um Wohnraum zu generieren und zu erhalten und vor allem auch wieder günstiger zu machen. „Sonst ist der soziale Frieden akut in Gefahr – das darf nicht riskiert werden“, schließt Reeh. ■

Einladung zur

Mitgliederversammlung

Mieterverein Marburg und Umgebung e.V.

Die Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) des Mietervereins Marburg und Umgebung findet statt **am Dienstag, den 15. September 2026** in der Geschäftsstelle, Bahnhofstraße 15, 35037 Marburg. Beginn ist **um 19.00 Uhr**.

Tagesordnung:

1. Begrüßung der Mitglieder durch die Vorsitzende
2. Feststellung der Tagesordnung/ Feststellung der Beschlussfähigkeit der Versammlung
3. Wahl des Protokollführers/der Protokollführerin
4. Geschäftsbericht der Vorsitzenden
5. Kassenbericht der Schatzmeisterin
6. Prüfbericht der Kassenprüferinnen
7. Aussprache über die Berichte
8. Entlastung des Vorstandes
9. Beschlussfassung über Anträge gemäß § 9 Absatz 1 Satz 5 der Satzung. Auf die Frist zu deren Einreichung (acht Tage vor der Versammlung) wird hingewiesen.
10. Verschiedenes

Der Vorstand



21. Tagung der Büroangestellten in Hanau

Am 12. und 13. Juni fand in Hanau die 21. Tagung der Büroangestellten zum Thema „Deeskalation und Konfliktlösung im Umgang mit schwierigen Mitgliedern und Mitmenschen im Arbeitsalltag des Mieterbundes“ statt. Referentin Gaby Schramm vom Institut Schramm für Beratung und Strategie gestaltete ein kurzweiliges, interessantes und aktives Seminar, aus dem alle viel Praktisches mitnehmen konnten.

Festzuhalten ist: Die Anspruchshaltung der Menschen – zum Teil auch unserer Mitglieder – hat sich verändert. Sie sind

fordernder und oft auch aggressiver geworden. Viele sind sich nicht bewusst, dass ein Mieterverein kein Dienstleistungsunternehmen mit unendlich vielen Möglichkeiten ist, sondern ein Verein, in dem Mitglieder aktiv mithelfen müssen. Rechtsberatung ist nur eine Aufgabe von vielen.

Zudem müssen sich auch Mietervereine an Vorgaben und Gesetze halten. Gerade weil allen Mitarbeitenden der Geschäftsstellen bewusst ist, dass viele Mietende Angst um das Dach über ihrem Kopf haben, gilt es, zu verhindern,

dass Gesprächssituationen eskalieren. Zielführender ist es immer, konstruktiv an Lösungen zu arbeiten, um das Beste für jedes Mitglied zu erreichen.

Anhand von Übungen, wie man das Gegenüber einschätzen kann und dem „Vier-Ohren-Modell“ von Schulz von Thun konnten alle lernen, Gespräche anders anzugehen, aktives Zuhören zu üben und Tipps anzuwenden, wie man gleichzeitig professionell mit Mitgliedern umgehen und sie unterstützen kann, um zielgerichtet und sachlich helfen zu können. ■

Richtig, aber nicht genug

Gabriela Bahr vom Mieterbund Fulda meint, dass die Begrenzung von Indexmieten sinnvoll und wichtig ist, für Fulda aber nicht ausreicht

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung („Mietrecht II“) sieht unter anderem eine Reform der Indexmiete vor. In angespannten Wohnungsmärkten sollen Inflationssteigerungen bis drei Prozent pro Jahr weiter vollständig auf die Miete umgelegt werden dürfen, darüberhinausgehende Inflation zur Hälfte. Die Begrenzung von Indexmieten ist ein wichtiger Schritt – auch für den Wohnungsmarkt in Fulda. Der Mieterbund Fulda begrüßt, dass die Politik den zunehmenden Druck auf Mieterinnen und Mieter erkannt hat.

Indexmiete bedeutet, dass die Miete an den Verbraucherindex gekoppelt ist. Steigen die allgemeinen Lebenshaltungskosten, darf auch die Miete steigen. Das ist problematisch, weil viele Haushalte bereits durch höhere Preise für Lebensmittel, Energie, Mobilität und Versicherungen belastet sind. Da die Löhne oft langsamer steigen als die Inflation, geraten Mietshaushalte zunehmend unter Druck.

Auch in Fulda zeigt sich die Entwick-

lung vieler Mittelstädte: Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum, während die Nachfrage steigt. Zwar zählt der Fuldaer Wohnungsmarkt nicht zu den extremen Hotspots wie Frankfurt oder München, dennoch ist die Lage inzwischen sehr angespannt. Wohnungssuchende haben oft kaum Auswahl und müssen selbst hohe Mieten für sanierungsbedürftige Wohnungen akzeptieren. Der Markt wirkt vielleicht noch nicht völlig überhitzt, ist aber bereits deutlich angespannt.

Hinzu kommt, dass viele Menschen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für das Wohnen aufbringen müssen. Wenn steigende Mieten auf hohe Lebenshaltungskosten treffen, bleibt vielen Haushalten kaum noch Spielraum für Rücklagen oder unerwartete Ausgaben. Besonders Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen spüren diese Entwicklung deutlich. Für viele wird es zunehmend schwieriger, bezahlbaren Wohnraum in guter Lage zu finden.

Eine Begrenzung der Mietsteigerungen ist deshalb notwendig. Die vorgesehenen Regelungen reichen jedoch aus Sicht des Mieterbundes Fulda nicht aus. Für viele Haushalte bleiben steigende Wohnkosten eine erhebliche Belastung. Das Hauptproblem bleibt der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Neubauten entstehen oft im höheren Preissegment, während günstige Wohnungen verschwinden. Dadurch wird es für Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen schwer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Daher braucht es mehr sozialen Wohnungsbau, schnellere Genehmigungsverfahren, Nachverdichtung und Investitionen in Infrastruktur.

Für den Mieterbund Fulda ist klar: Die gesetzliche Begrenzung der Indexmiete ist richtig und überfällig. Sie sollte jedoch auf höchstens zwei Prozent pro Jahr begrenzt und Indexmieten langfristig abgeschafft werden. Damit Wohnen in Fulda auch künftig für alle bezahlbar bleibt. ■

Vereinsvorsitzende beschäftigen sich mit der Zukunft

Die Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder sowie die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der hessischen dem Deutschen Mieterbund angeschlossenen Vereine treffen sich regelmäßig im Rahmen einer Tagung, um sich mit aktuellen Themen, Neuerungen, allgemeinen Problemen der Mietervereine und anderen Dingen auseinanderzusetzen, die die Mietervereine beschäftigen.

Die diesjährige Veranstaltung fand zum Thema: „Synergien und (Zukunfts-) Visionen“ am 13. Juni 2026 in Hanau statt und war sehr gut besucht.

Geleitet wurde die Tagung wegen der Verhinderung des Landesvorsitzenden Gert Reeh dieses Mal durch die zweite Vorsitzende Astrid Nembach. Nembach, die seit vielen Jahren auch dem

Bundesvorstand des DMB angehört, leitete die Konferenz souverän und sympathisch. Nach der Vorstellung des Referenten Zakaria Said aus Magdeburg, der sich schon im Vorfeld für diese Aufgabe empfohlen hatte, ging es gleich thematisch zu seinem spannenden Vortrag über. Zunächst stellte Said ein erfolgreiches Projekt aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt vor. Dabei ging es besonders darum, wie man kleineren Mietervereinen helfen kann, auch mit wenig Geld zeitgemäß zu arbeiten und Synergieeffekte zu schaffen. Das war, da auch auf größere Vereine übertragbar, eine gute Grundlage für die anschließende Diskussion.

Für viele Mietervereine ist es ein Problem, dass sie nur noch als reine Dienstleister und weniger als Vereine wahr-

genommen werden. Die günstige Rechtsberatung wird zwar gerne in Anspruch genommen, eine Bindung an den Verein ist aber eher nicht mehr gewünscht. Um zukunftsfähig zu bleiben, sind die Vereine jedoch auf einen großen Mitgliederstamm angewiesen. Daher ist es wichtig, sich mit anderen Vereinen zusammenzutun, um Kosten zu sparen.

Genauso wichtig ist aber, den Mitgliedern deutlich zu machen, dass mit dem Beibehalten der Mitgliedschaft eine bessere Vertretung der Mieterinteressen gegenüber der Politik möglich ist. Als großer Interessenverband wird man auch nach außen stärker wahrgenommen und kann sich noch besser für eine Politik, die Mieterinnen- und Mieterinteressen berücksichtigt, einsetzen. ■